

Ressort: Politik

Führende Unionspolitiker erwägen Fracking als Alternative der Energieversorgung

Berlin, 06.04.2014, 08:14 Uhr

GDN - Unter dem Eindruck der Krim-Krise suchen führende Unionspolitiker nach Alternativen zu russischen Gasimporten. "Durch die Krise in der Ukraine haben wir ein Versorgungsproblem mit russischem Gas und deshalb kann die Antwort doch nur heißen: Wir sind moralisch verpflichtet, alle möglichen Optionen zu nutzen", sagte der Vorsitzende der Unionsgruppe im Europa-Parlament, Herbert Reul, dem Nachrichtenmagazin "Focus".

Reul sprach sich für das umstrittene Fracking aus, mit dem sogenannte Schiefergas-Vorkommen exploriert werden können. "Auf Fracking leichtfertig zu verzichten, halte ich für unverantwortlich", sagte Reul. Auch in Berlin steigt die Zahl der Fracking-Befürworter. Der CDU-Energie-Experte Thomas Bareiß sagte dem Magazin: "Deutsches Erdgas ist eine Säule unserer Versorgungssicherheit." Er forderte, den Genehmigungsstopp für konventionelle Erdgasförderung schnell per Gesetz zu beenden. "Bei der Schiefergasförderung müssen wir um Akzeptanz werben und bald ein Pilotprojekt starten", so Bareiß. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende Thomas Strobl warnte davor, Fracking kategorisch abzulehnen. "Wir brauchen eine Aufgeschlossenheit gegenüber der Forschung und Entwicklung neuer Technologien in Deutschland. Das gilt ausdrücklich auch beim Thema Fracking", so Strobl. Nach "Focus"-Informationen sondierten Vertraute von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) wie Unions-Fraktionschef Volker Kauder in der vergangenen Woche die Realisierungschancen eines längst verworfenen Plans für ein Flüssiggas-Terminal in Wilhelmshaven. Allerdings müsste ein Milliardenbetrag investiert werden. Die Fläche für einen solchen Gas-Hafen wäre vorhanden, bloß das Geld nicht: Denn private Versorger fallen aus. Für sie wäre das ein reines Verlustgeschäft. Daher müsste der deutsche Staat die Milliardeninvestition weitestgehend allein schultern. Mehrere Ministerien wurden nach Informationen des Magazins vergangene Woche mit einer Prüfung des Projekts betraut.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-32705/fuehrende-unionspolitiker-erwaegen-fracking-als-alternative-der-energieversorgung.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619